

Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller
(einschließlich 5 Heller Porto)

ZENTRALORGAN
DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI
IN DER TSCHECHOSLOWAKISCHEN REPUBLIK

ERSCHEINT MIT AUSNAHME DES MONTAG TÄGLICH FRÜH. REDAKTION UND VERWALTUNG PRAG XII., POCHOVA 42. TELEFON 53077. ADMINISTRATIONS-TELEFON 53076.
HERAUSGEBER: SIEGFRIED TAUB. CHEFREDAKTEUR: WILHELM NIESSNER. VERANTWORTLICHER REDAKTEUR: DR. EMIL STRAUSS, PRAG.



14. Jahrgang

Samstag, 9. Juni 1934

Nr. 133

Nächtliche Einigung in Genf

Alle Forderungen Barthous in der Schlußresolution enthalten

Genf, 8. Juni. Die Genfer Verhandlungen auf der Abrüstungskonferenz wurden heute mit der Annahme einer Resolution beendet, über die einige Delegierte, insbesondere Lordgeheimrat Eden, der italienische Delegierte Di Soragna und der französische Außenminister Barthou, gestern lange in die Nacht hinein während Verhandlungen führten. Die Delegierten referierten darüber telephonisch ihren Regierungen und schließlich wurde heute früh ein prinzipielles Einvernehmen erreicht, das auf dem bekannten Vorschlag des Ministers Barthou basiert.

In diesem endgültigen Text der Resolution sind sämtliche Forderungen der französischen Delegation enthalten, denen auch die Delegationen der Balkan- und Kleinen Entente-Staaten sowie die russische Delegation zugestimmt haben. Sämtliche Sicherheitselemente sind in dieser neuen Resolution enthalten sowie auch die Möglichkeit, die gegenwärtigen Beratungen über die konkreten Vorschläge zur Abrüstung fortzusetzen. Außerdem enthält die Resolution auch eine Erwähnung, die die Rückkehr Deutschlands zur Abrüstungskonferenz ermöglicht.

Am Nachmittag trat das Präsidium der Abrüstungskonferenz zur Verabschiedung dieser Resolution über die weiteren Arbeiten der Konferenz zusammen.

In der Einleitung der Resolution heißt es, daß der Hauptauschuß von der Notwendigkeit überzeugt sei, daß die Konferenz ihre Arbeiten fortsetze, um zu einem allgemeinen Abkommen über die Herabsetzung und Begrenzung der Rüstungen zu gelangen, und entschlossen sei, die bereits unternommenen Studien unverzüglich fortzusetzen.

Um die Rückkehr Deutschlands

Er fordert das Präsidium auf, mit den von ihm für geeignet gehaltenen Mitteln und zum Zweck der allgemeinen Annahme einer Abrüstungskonvention eine Lösung der in der Schwebe gebliebenen Fragen zu suchen, unbeschadet der besonderen Besprechungen, die die Regierungen etwa einleiten wollen, um den Enderfolg durch die Rückkehr Deutschlands zur Konferenz zu erleichtern.

Sicherheit, Ausführungsgarantien und Kontrolle

Über die Sicherheit heißt es in der Resolution:

Da die Ergebnisse der früheren Studien der Konferenz seit einem Jahr den Abschluß allgemeiner regionaler Sicherheitsabkommen in Europa ermöglicht haben, beschließt der Hauptauschuß, ein Sonderkomitee zu ernennen mit der Aufgabe, diejenigen Vorstudien fortzusetzen, die es für notwendig hält, um den Abschluß der neuen Abkommen der gleichen Art, die außerhalb der Konferenz verhandelt werden könnten, zu erleichtern. Es wird Sache des Hauptauschusses sein, die etwaigen Beziehungen dieser Abkommen zu der allgemeinen Konvention zu bestimmen. Der Hauptauschuß beschließt, ein Sonderkomitee zu ernennen mit der Aufgabe, die Frage der Ausführgarantien zu studieren, und die Arbeiten hinsichtlich der Kontrolle wieder aufzunehmen.

Luftstreitkräfte und Waffenhandel

Der Hauptauschuß beauftragt ferner sein Luftfahrtkomitee, sofort das Studium der in der Entschließung vom Juli 1932 unter der Rubrik „Luftstreitkräfte“ bezeichneten Fragen wieder aufzunehmen. Ebenso soll das Sonderkomitee für die Fragen der Waffenherstellung und des Waffenhandels wieder seine Arbeiten aufnehmen und in möglichst kürzester Zeit Lösungen vorschlagen.

Der Hauptauschuß überläßt es dem Präsidium, im geeigneten Moment die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, damit er, wenn der Präsident ihn wieder einberuft, so weit wie möglich einen vollständigen Abkommenstatus einwirken kann.

Endlich ersucht der Hauptauschuß den Vorsitzenden, die Regierungen mit dem russischen Vorschlag auf Permanenzklärung der Konferenz als „Friedenskonferenz“ zu befragen.

Barthou für Verhandlungen mit Deutschland

Minister Barthou legte im Hauptauschuß in einem eingehenden Bericht der Abrüstungskon-

ferenz dar, wie die Schlußresolution zustande gekommen sei. Barthou erwähnte auch die Bestrebungen, die darauf hinausgingen, mit Deutschland zu verhandeln. Hierbei führte er an, daß alle für Verhandlungen mit Deutschland seien. Zudem der Minister zu der Erklärung der französischen Delegation vom 17. März d. J. zurückkehrte, die die Rückkehr Deutschlands in den Völkerbund und zur Abrüstungskonferenz betrifft, erklärte Minister Barthou mit besonderem Nachdruck, daß Frankreich keine Einkreisungspolitik geltend gemacht habe und sie auch niemals geltend machen wolle.

Um die Arbeitszeit-Resolution

Die Unternehmer sabotieren die Kommission

Genf, 8. Juni. Die Internationale Arbeitskonferenz schritt an die Konstituierung der Kommission zur Prüfung des Entwurfs des Internationalen Arbeitsamtes auf Herabsetzung der Arbeitszeit. Es wurde festgestellt, daß eine 63-gliedrige Kommission gebildet werde, in der 27 Regierungsdelegierte, 18 Delegierte der Arbeitgeber und 18 Vertreter der Arbeiterschaft vertreten sein werden. Unter den Regierungsdelegierten befinden sich für die Tschechoslowakei die Abgeordneten Brodich und Schäfer.

Es meldete sich dann der Vertreter der Arbeitgebergruppe, der dänische Delegierte Ders-

Was die Kontrolle betreffe, erklärte der Minister, so sei dies ein heikles Problem, das man jedoch nicht aus dem Auge lassen dürfe. Frankreich vertrete keinen negativen Standpunkt.

Der Vertreter Englands, Eden, sprach über die französisch-britische Freundschaft, von der er sagte, daß sie durch die Genfer Beratungen in keiner Weise berührt worden sei. Nun sei eine Veränderung der politischen Atmosphäre eingetreten, an der alle Völker in gleicher Weise beteiligt sind, und die es der deutschen Regierung erlaubt, wieder die Rolle zu übernehmen, die es in Genf hatte. In diesem Geiste soll die Konferenz die Resolution annehmen, schloß Eden.

Norman Davis bezeichnete die Resolution als ein Kompromiß, das doch nur zu einer schließlichen Herabsetzung und Beschränkung der Rüstungen führen werde.

Der russische Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten, Litwinow, erklärte in einer längeren Rede, daß er nicht gegen die Rückkehr Deutschlands in die allgemeine Abrüstungskonferenz sei.

Der Hauptauschuß der Abrüstungskonferenz hat hierauf die als englisch-französisch-amerikanisches Kompromiß entstandene Resolution angenommen.

Ed zu Worte, der erklärte, daß sich seine Gruppe genötigt sehe, sich an den Beratungen der Kommission für die Herabsetzung der Arbeitszeit nicht zu beteiligen, und daß sie demnach auch nicht ihre Vertreter in diese Kommission nominieren würde. Über ausdrücklichen Wunsch des italienischen Delegierten gab die Arbeitgebergruppe ihre Einwilligung dazu, daß sich der Italiener Olivetti an den Beratungen der Kommission für die Herabsetzung der Arbeitszeit beteilige. Die Konstituierung der Kommission wurde ohne Opposition mit 75 Stimmen angenommen.

Kleine Entente verhandelt mit Rußland

über Wiederherstellung normaler diplomatischer Beziehungen

Genf, 8. Juni. (Tsch. P.-B.) In Genf fanden heute Beratungen der Vertreter der drei Kleinen Entente-Staaten, der Minister Titulescu, Jevtič und Dr. Beneš mit dem Vertreter Sowjetrußlands, dem Volkskommissar für Auswärtiges Litwinow statt.

Den Hauptgegenstand dieser Beratungen bildete die Frage der Herstellung normaler diplomatischer Beziehungen der Staaten der Kleinen Entente zu Sowjetrußland, und zwar im Hinblick auf die plötzliche neue politische Entwicklung und die Ereignisse in Europa, hauptsächlich aber im Hinblick auf die Verhandlungen über einen regionalen Sicherheitspakt. Zu diesen Beratungen gaben auch die Verhandlungen über einen eventuellen Eintritt Sowjetrußlands in den Völkerbund Veranlassung. Die Ergebnisse dieser Beratungen werden in einigen Tagen bekannt sein.

Wladiwostok ein Heerlager

London, 8. Juni. Der Sonderkorrespondent des „Daily Express“ in Dairen meldet: Offiziere und Mannschaften des britischen Dampfers „Abby“, der aus Wladiwostok in Dairen eingetroffen ist, erzählen, daß die Stadt mit Soldaten und Marinesoldaten überfüllt sei. Der Hafen sei voller Schiffe aus dem Schwarzen Meer, die Munition ausladen. Unter den Schiffen im Hafen befänden sich neun britische Fahrzeuge mit Kriegsmaterial aller Art an Bord. Am 1. Mai seien 200 Militär- und Marineflugzeuge über Wladiwostok geflogen, während Dutzende

von Tanks, Panzerwagen und schweren Geschützen durch die Straßen rollten.

Diktator und Attrappe treten sich

Paris, 8. Juni. Bedeutendes Interesse erweckt in der politischen Öffentlichkeit und auch in der französischen Presse die angekündigte Zusammenkunft des italienischen Ministerpräsidenten Mussolini mit Reichslanzler Hitler. Der römische Berichterstatter des Havas Büro erzählt, daß Hitler nach dem römischen Besuche seines Vertrauensmannes in Abrüstungsangelegenheiten von Ribbentrop, um diese Zusammenkunft ersucht habe.

Demagogie um die Resolution

Ein an sich recht unbedeutender Vorfall hält seit einer Woche die Chauvinisten hüben und drüben in Atem. Bei der Verhandlung der Novelle zum Pensionsversicherungs-gesetz hat der Abgeordnete Dubich, ohne die Zustimmung der Koalition einzuholen, eine Resolution beantragt, in der die Auflösung der deutschen Amtsstellen der Allgemeinen Pensionsanstalt verlangt wurde. Am Freitag wurde eine wesentlich abgeschwächte Resolution, in der von der Auflösung der deutschen Landesstellen nicht mehr gesprochen wird, ohne die Stimmen der deutschen Regierungsparteien beschloffen. Eine Resolution, wie solche häufig genug angenommen werden, ohne daß die Öffentlichkeit davon Notiz nimmt und auf die zurückzukommen uns Zeit und Mühe zu schade wäre, wenn dieser ganz nebensächliche Anlaß nicht wahre Orgien von Demagogie entfesselt hätte.

Die deutschen Christlichsozialen, in der Meinung, daß die Jahre ihrer Dienstbarkeit in der Bürgerkoalition bereits längst vergessenen seien und daß die Partei der Verwaltungsreform sich wieder erlauben dürfe, den nationalen Mentor zu spielen, wollen diesmal den Vogel abschießen. Herr Dehlinger bestieg am Freitag, mit der Annahme im Namen des gesamten süddeutschen Volkes zu sprechen, die Parlamentstrümpfe und protestierte dagegen, daß die „schwer erkämpften organisatorischen Errungenschaften aus dem Jahre 1929 nunmehr gemacht werden“. Dehlinger sprach nur wenige Minuten, aber sie genügte, um einen klaren Tatbestand heillos zu verwirren. Stellen wir also der gespielten Enttäuschung der Christlichsozialen die Tatsachen gegenüber: Die deutschen Amtsstellen wurden nicht 1929 errungen, sondern schon bei der Errichtung der Pensionsversicherungsanstalt geschaffen. Im Jahre 1929 wurde die deutsche Landesstelle in Troppau aufgelassen und wir könnten daher ruhig den Spieß umkehren und erklären, daß wohl die Christlichsozialen eine deutsche Position preisgegeben haben, nicht aber die deutschen Sozialdemokraten. Denn erstens steht in dem Gesetz, das Freitag beschloffen wurde, von einer Veränderung in der Organisation der Pensionsversicherung kein Wort, vielmehr wurde bloß der Fürsorgeminister in einer Resolution aufgefordert, eine Novellierung der Organisation vorzubereiten, zweitens enthält auch diese Resolution von der Auflösung der deutschen Amtsstellen kein Wort und die angestrebte Deflationierung der Verwaltung ist sehr wohl auch auf andere Weise denkbar und drittens haben die deutschen Sozialdemokraten auch für diese Resolution nicht gestimmt. Wozu also der Lärm? Wozu diese Täuschung der Öffentlichkeit, die den Anschein erwecken soll, als wäre die Auflösung der deutschen Landesstellen bereits beschlossene, ja vollzogene Tatsache? Um diesen durchaus falschen Schein hervorzuheben, sind die Christlichsozialen soweit gegangen, daß sie, entgegen der eigenen Erklärung vom Tage vorher, gegen das Gesetz gestimmt haben, obwohl es durchaus möglich gewesen wäre, für das Gesetz, aber gegen die Resolution zu stimmen. Aber dann wäre es freilich nicht angegangen, den deutschen Sozialdemokraten vorzuwerfen, daß sie eine nationale Position preisgegeben haben. Und nun mögen die Angestellten entscheiden, wie das Verhalten einer Partei zu beurteilen ist, die, um sich den Vorwand für ein nationalistisches Wanderverhältnis zu schaffen, gegen die Verwirklichung der so lang ersehnten sozialen Rechte stimmt!

Daß die „Bohemia“, obwohl ihren Redakteuren das alles sehr gut bekannt sein dürfte, den Christlichsozialen sekundiert, ist ein eigenes Kapitel, das wir aber nur streifen müssen. Denn den im gewohnt überheblichen Ton vorgetragenen Belehrungen der „Bohemia“, daß ein stärkerer Widerstand am Platz gewesen wäre, brau-

chen wir nur die Stimmen der tschechischen nationalsozialistischen Presse entgegenzuhalten, so etwa das Blatt des Herrn Střibný, das in der löblichen Absicht, uns ins Feuer zu ziehen, von einem „demütigen Kompromiß“ spricht, oder die „Národní Věsta“, die doch eine Woche lang von einem „Diktat der deutschen Sozialdemokraten“ geschrieben haben und die nach Beendigung der so unnötig aufgedauerten Affäre bedauernd feststellen, daß die tschechischen Regierungsparteien die ursprüngliche Resolution beträchtlich gemildert hätten, um den Deutschen die Abstimmung zu ermöglichen, und daß diese auf die ihnen zugestandene Konzession „auf rein deutsche Art geantwortet und den tschechischen Parteien einfach den Rücken gekehrt“ hätten.

Die deutsche nationalistische Demagogie wird also von der tschechischen erschlagen und umgekehrt. Wir könnten also die Diskussion mit der Bemerkung abschließen, daß wir offenbar durchaus auf dem richtigen Wege sind, wenn wir weder bei den Deutschen noch den tschechischen Nationalisten Beifall gefunden haben; wäre die Kampagne der sogenannten „nationalen Opposition“ nicht deutlich darauf angelegt, einen Konflikt in der Koalition zu provozieren, da er zum Leidwesen der Herren bisher vermieden wurde. Diesen Manövern müssen wir um so mehr entgegenzutreten, als sich den Střibnýs leider auch ein Koalitionsblatt zugesellt hat, die „Lidové Věsta“, die erzählen, daß Abgeordneter Dubiecký seinen Antrag im Namen der tschechischen Parteien gestellt habe und daß die deutschen Sozialdemokraten durch ihren Widerstand dagegen einen Koalitionskonflikt hervorgerufen hätten. Dazu haben wir sowohl zur Sache, als auch zur Form wichtige Beiträge zu machen.

Zur Sache: Die nationale Sektionierung der Pensionsanstalt war im alten Österreich eine tschechische Forderung. Im Jahre 1929 waren die Herren Šrámek, Kramák und Rajman Führer der bürgerlichen Koalition. Im Jahre 1929 wurde durch das neue Pensionsversicherungsgesetz die Aufrechterhaltung der deutschen Landesstellen in der Pensionsversicherung ausdrücklich festgelegt. Wenn diese Regelung damals die Zustimmung der tschechischen nationalen Parteien gefunden hat, so kann es wenige Jahre später unmöglich Nationalismus sein, daß die deutschen Sozialdemokraten daran festhalten. Es ist vielmehr reiner Mutwille, aus dieser im Jahre 1929 erledigten Sache im Jahre 1934 einen Zankapfel zu machen.

Zur Form: Der Antrag Dubiecký war kein Koalitionsantrag, er war mit den Koalitionsparteien nie vereinbart worden und unser Widerstand gegen ihn war daher nicht nur sachlich gerechtfertigt, sondern auch wegen des Vorgangs, der allen Gespögenheiten der Koalition widerspricht. Dieser Antrag wurde dann von den Nationaldemokraten und Herrn Cukil aufgegriffen. Es hat sich also niemals um ein Diktat der deutschen Sozialdemokraten gehandelt, sondern einfach darum, daß die deutschen Sozialdemokraten sich einem Diktat, noch dazu von außerhalb der Koalition stehenden Parteien, nicht beugen konnten. Daß die Agrarier schließlich einen Ausweg suchten, der die Sache liquidiert, ohne daß ihr

Repräsentant im sozialpolitischen Ausschuss völlig desavouiert wird, ist begreiflich. Aber damit muß die Sache für alle Koalitionsparteien erledigt sein und die Forderung, die von nationaldemokratischer und ligistischer Seite vermutlich fortgesetzt werden wird, muß bei allen Koalitionsparteien auf entschiedene Abweisung stoßen.

Vom Uebrigem ist der Umstand außerordentlich auffallend, daß die ganze Pressepolemik sich hauptsächlich um die deutsche Sozialdemokratie dreht und die deutschen Agrarier gewissermaßen links liegen gelassen werden. Daß die deutschen Agrarier, die sich doch faktisch ganz genau in derselben Position befunden haben wie wir, auf der einen Seite für die tschechischen Nationalisten gewissermaßen die veröhnlicheren

Deutschen sind, während die deutschen Sozialdemokraten als nationale Kampfahne hingestellt werden, und daß auf der anderen Seite die Partei des Herrn Spina von der deutschen nationalsozialistischen Presse trotz allem als nationale Partei anerkannt und das Verratsgeschrei ausschließlich gegen die Sozialdemokratie angestimmt wird, wirft ein helles Licht auf die wahren Hintergründe der nationalistischen Agitation. Es ist ein Spiel mit verteilten Rollen, bei dem die nationalistische Phrase den Deckmantel für sehr reale, sehr materialistische, sehr klassenmäßige Interessen abgeben muß. Diese Erkenntnis muß allen, denen an der Erhaltung des nationalen Friedens gelegen ist, veranlassen, sich nur umso enger zu gemeinsamer Arbeit zusammenzuschließen.

Der „rettende“ Ständegedanke

Ohne sich etwas Näheres darunter vorstellen zu können, haben auch unsere bürgerlichen Parteien mehr oder minder eifrig mit der Idee der Errichtung eines Ständestaates geliebäugelt. Diesen Kultus treiben die faschistisch Infiltrierten in allen Staaten und so auch in Frankreich. Da ist es nun bemerkenswert, was der rechtsstehende Journalist Henri de Kerillis in einem Leitartikel des „Echo de Paris“ über die Frage des Ständestaates schreibt. Das „Echo de Paris“ ist ein reaktionäres Blatt, aber immerhin ungleich seriöser als der größte Teil unserer Bürgerpresse. Was Kerillis schreibt, ist eine Abfuhr der Ständestaats-Anhänger, auch der unsern:

„Eine der verbreitetsten Ideen im Wirbelsturm der neuen Theorien ist die des rettenden „Ständegedankens“. Kriegsteilnehmer, die Jugend, Kreise, die politisch sehr verschieden sind, begeistern sich um so mehr für den Ständestaat, als niemanden an dem, worin er besteht. Das macht nichts. Alle Welt will diese geheimnisvolle Kremechnitte.

Sehen wir uns die Sache einmal näher an. Will man einfach das gegenwärtige Parlament durch eine Versammlung, nach Verufen gefordert, ersetzen? Wenn ja, dann frage ich, warum Abgeordnete, gewählt von Schiffsleuten, Eisenbahnern, Mandelluchenerzeugern und Fahrradkonstruktoren geeigneter sein sollten als die jetzigen Deputierten, ein Finanzgesetz zu beschließen, Verträge zu genehmigen oder ein Wehrsystem zu bestimmen.

Wenn nein, was will man eigentlich? Zweifellos das Parlament überhaupt vollständig aufheben und nach der Art von Mussolini die Stände heranziehen, um die Probleme der Verteilung und Erzeugung zu regeln.

Diese Lösung widerstreitet der Praxis. Als die wirtschaftliche Entwicklung noch einfach und primitiv war, konnte man leicht die Berufe in einzelne Breiten, Kategorien, Zünfte einteilen. Es gab die Korporationen der Fleischer, der Binder, der Maler usw. Heute gibt es hunderte Tausende von Gegenständen, die gebraucht werden und Tausende von Berufen. Sowohl in der Erzeugung als auch in der Verteilung besteht eine unüberwindliche Verschiedenheit. Wie soll man da die Grundlagen für eine Ständeeinteilung finden? Mussolini hat auf anderen Gebieten Bedeutendes geleistet, hier hat er seinen Mißer-

folg erlitten. Wähsam ist er nach zehnjährigem Verumtappen zu einer ebenso willkürlichen als wunderlichen Klassifikation gelangt. In jeder seiner eilichen 30 Korporationen stehen sich die verschiedensten Interessen entgegen und diese geraten derartig in Widerspruch, daß sich bei jeder Gelegenheit die Entscheidung durch ein Schiedsgericht aufdrängt. Und wer ist der Schiedsrichter? Natürlich Mussolini. Das heißt also, daß der Ständegedanke darauf hinausläuft, dem Staat alle beruflichen Interessen, alle Kommandostellungen des wirtschaftlichen Lebens auszuliefern. Der Ständegedanke wird so zu einem ergänzenden Instrument der Herrschaft in den Händen des Diktators.“

Auch die österreichische Gegenrevolution wird nicht gerade ermutigt sein, wenn solche abschälligen Urteile über ihr nagelneues und marktschreierisch angepriesenes Ständestaats-System sogar in konservativen Kreisen gefällt werden.

Und Dölsflur und die Seinen werden bald erleben müssen, wie gründlich sie sich an der „Kremechnitte des Ständegedankens“ den Magen verdorben haben.

Und es gibt Magenvergiftungen, die tödlich ausgehen.

Zu einer Tagung der Ruheständler

Der Verein sozialistischer Ruheständler hielt am Donnerstag, den 7. Juni in Landstrau seine Boilerversammlung ab, an der 60 Delegierte und eine große Anzahl von Gästen teilnahmen. In der Einleitungsrede betonte der Obmann, Herr Kemplis, die Versammlung stelle eine Kundgebung gegen die Kürzung der Pensionen dar, gegen die sich die Pensionisten in aller Form verhalten. Mit dem Ermächtigungsgesetz werde die Rechtsförscherheit im Staate bedroht. Es müsse dagegen protestiert werden, daß man besser fundierte Kreise eingeschoren läßt. Die Krise im Staatshaushalt könne beiseite gelassen werden, wenn die ungeheueren Steuererüstände eingetrieben werden würden. Das Parlament möge gut machen, was die Regierung an den Pensionisten gesündigt habe. In dem darauf vorgetragenen Tätigkeitsbericht des Vereines wurde getadelt, daß die Regierung fast ausschließlich nur mit den Koalitionsgetreuwerten verhandelt hat, wobei allerdings festgesetzt wurde, daß es gelang, Verbesserungen am Regierungsentwurf zu erzielen. Scharfe Stellung wurde genommen gegen die aktiven Staatsbeamten und erklärt, daß diesen die Pensionisten die hohen Pensionsabzüge zu ver-

merken haben. Die Beschwerden und Forderungen wurden schließlich in einer einstimmig angenommenen Resolution zusammengefaßt.

Was der Sozialist auf dieser Tagung vermochte, war der Gemeinschaftsgeist, der sozialistische Tagungen auszeichnet und der sozialistischen Bewegung die Stärke und Schlagkraft verleiht. Die Pensionisten scheinen sich aber ganz zu sondern von allen übrigen Angestellten- und Arbeiterschichten. Die Ausfälle, die gegen die aktiven Angestelltenverbände und die Angestellten selbst gemacht wurden, sind ungerecht. Auch die aktiven Beamten sind Opfer der Wirtschaftskrise, sowie die Arbeiterschaft ungeheure Opfer nicht nur in materieller Hinsicht, sondern mehr noch durch die Verwüstung ihrer und der Gesundheit ihrer Kinder bringen muß. Sicher ist die Meinung richtig, daß es leicht möglich wäre, den Staatshaushalt in Ordnung zu bringen, wenn den Begüterten in diesem Staate die notwendigen Opfer auferlegt würden. Das fordern die Sozialdemokraten, finden aber mit dieser Forderung wenig Gegenliebe bei ihren bürgerlichen Koalitionspartnern, die ja den Pensionisten noch viel größere Opfer zugemutet haben.

Auch diese Tagung hat deutlich gezeigt, daß mehr denn je die Einigung der Lohn-, Gehalts- und Pensionsempfänger notwendig ist. Diese Schichten sind in ihrer wirtschaftlichen Lage auf Gedeih und Verderb verbunden, wären sie es auch politisch, wären den Pensionisten und allen übrigen arbeitenden Volksschichten viele Unannehmlichkeiten erspart geblieben.

Die Kommunisten „kämpfen gegen den Betrug an den hungernden Massen“

Das kommunistische Zentralorgan „Rude Právo“ beschäftigt sich am 6. Juni mit den Arbeitslosenziffern und behauptet, daß der Rückgang der Arbeitslosigkeit bloß scheinbar sei, und zwar deshalb, weil sowohl im Venter Entem als auch in der Ernährungaktion immer mehr Bewerber aus der Unterstützung ausgeschlossen werden. Man muß gar nicht untersuchen, was an dieser Behauptung Wahres ist, um zu erkennen, daß die ganze „Analyse“ des „Rude Právo“ denselben Wert hat, wie andere kommunistische Behauptungen auch.

Wenn nämlich alles bis auf das letzte Wort wahr wäre, was das „Rude Právo“ von der Einschränkung der Unterstützung erzählt, würde das doch für die Arbeitslosenstatistik nicht so bedeuten, weil diese in unserem Lande bekanntlich nicht auf der Föhlung der Unterstützten, sondern auf der Föhlung der bei den Arbeitsvermittlungsanstalten gemeldeten, aber nicht untergebrachten Bewerber beruht!

Da die sozialkritischen Bestrebungen des „Rude Právo“ ohnedies nicht ernst genommen werden, interessiert uns nur die psychologische Frage: Speluliert die kommunistische Demagogie auf die Unbesonnenheit ihrer Anhänger oder sind die kommunistischen Macher, da sie sich seit Jahren mit nichts als mit Demagogie beschäftigen, selbst schon so unwissend geworden, daß sie die primitivsten Grundlagen unserer sozialpolitischen Einrichtungen nicht kennen? In beiden Fällen sind die Kommunisten zu Kämpfern gegen den „Betrug an den hungernden Massen“, als die sie sich in demselben Artikel ausbieten, indem sie einen so plumpen Schwindel produzieren, ganz hervorragend legitimiert.

Unsere Töchter, die Nazinen

Roman von Hermynia Zur Mühlen

Ich sah Statts abgearbeitete Hände still in ihrem Schoß ruhen und wußte plötzlich, diese Hände werden trotz allem die neue Welt aufbauen. Ich betrachtete meine weißen mageren Finger; sie haben nichts geleistet, aber es gibt auch weiße Hände, die die Diener des Geldes sind, gibt sie auch hier, oder schon in der Verbannung und sie werden mitlämpfen, bis zum Endtag. Alle guten Kräfte der Welt werden sich zusammmentun gegen das, was jetzt hier geschieht. Wir dürfen nicht verzagen.

Unsere Kinder kamen am Abend. Toni sehr ernst, sehr wortfaug, Claudia blah, mit dem verzerrtem Gesicht, das ich aus ihren ärgsten Zeiten kannte. Toni sagte nur, nachdem sie mich begrüßt hatte:

„Komm nach Hause, Mutter. Es wird auf der Straße unruhig zugehen.“

Claudia jedoch stand einen Augenblick wie erstarrt in der Mitte des Zimmers. Dann warf sie sich plötzlich neben einem Sessel auf die Knie, verzug ihr Gesicht in meinem Schoß und schluchzte: „Mutter! Mutter!“

Sie sagte nichts anderes, immer nur „Mutter“. Es klang wie ein Hilferuf, wie das Stammeln eines Menschen, der nicht mehr kann.

Ich streichelte ihr Haar und bemerkte, daß es in der letzten Zeit fast grau geworden war.

Kati ging mit ihrer Tochter, Claudia kam nicht zum Abendbrot. Ich glaube, sie schämte sich vor mir.

Als ich zu ihr ging, um gute Nacht zu sagen, lag sie mit weit offenen Augen im Bett und starrte

zur Decke empor. Vor dem Waschtisch sah ich eine große Lache. Ich meinte lächelnd, um Claudia zu beruhigen und abzulenken:

„Hast du dich aber tüchtig gewaschen, Claudia.“

Sie blickte mich an und schanderte.

„Nicht genug, Mutter“, sagte sie. „Nicht genug. Ich werde nie mehr rein werden, nie mehr.“

Und sie betrachtete mit einem Ausdruck von unsagbarem Ekel ihre Hände und ihren ganzen mageren Körper, der sich scharf umrissen unter der Decke abhob.

Sie schlief die ganze Nacht nicht. Ich sah bis sechs Uhr morgens das Licht in ihrem Zimmer brennen. Was dachte sie wohl in dieser langen dunklen Nacht, was fühlte sie? Ich wäre so gern zu ihr gegangen, aber es stand so vieles zwischen uns; ich wußte, daß ich nicht das Rechte sagen würde.

Ja, es stand vieles zwischen uns. Auch der Tod meines lieben Freundes, der Doktor Bär und seiner Frau. Vergeblich wurde die Erklärung abgegeben, daß er durch einen unglücklichen Zufall beim Reinigen seines Revolvers ums Leben gekommen war. Wir alle, die ihn gekannt hatten, unseres es besser. Und wie wußten auch, wer diese beiden Menschen in den Tod getrieben hatte; jene Leute, die heute in seinem Haus wohnen, jene Menschen, die nicht aus Verblendung schon vor Jahren zu den Nazis übergelaufen sind, sondern mit kluger Verednung erst nach den Wahlen. Wenn ich diese Leute, diese Frau Doktor Feldhüter auf der Straße sehe, so vergeße ich, wie alt ich bin. Ich muß meine ganze Selbstbeherrschung zusammennehmen, um ihr nicht ins Gesicht zu schlagen, um nicht vor ihr auszuspudden. Mir fehlt die sichere Ruhe meiner lieben Kati und des braven Friß. Ich glaube, wir, die Menschen aus meiner alten Klasse, können für eine Idee sterben, aber nicht für sie leben. Dazu fehlt es uns an Kraft. Das Sterben ist ja auch leichter.

Es ist merkwürdig, wie man sich, selbst in

meinem Alter, noch ändern kann. Am zehnten Mai, als auf dem großen Platz vor dem See der Scheiterhaufen aufloderte, vor dem die Wücher der letzten deutschen Kulturmenschen verbrannt wurden, war ich weit weniger empört, als Kati und Friß. Ich, die ich mein Leben lang über alles geliebt habe. Aber was hier von Barbarenhänden in die Flammen geworfen wurde, waren ja nur tote Buchstaben, die nichts fühlten, und das andere, was in die Hände der Feinde fiel, war lebendiges Fleisch, waren Menschen, die jeden Hieb empfanden. Ich sah vom Fenster aus die Flammen hochschlagen; sie schienen in den Himmel zu greifen, anklagend, drohend. Gegen Abend erhob sich ein starker Wind und trieb die Asche über den See. Und ich mußte daran denken, daß Asche ein gutes Düngemittel ist. Wie oft hat Friß die Kaminaische für den Garten geholt. Auch diese Asche wird bestrudelnd wirken, und aus ihr wird Neues erstehen, besser noch als das Alte. Die Wücher, die für viele, die sie einmal gelesen hatten, nachher zu etwas Totem, Vergessenem geworden waren, werden nun in den Geistern und Herzen eine Auferstehung erleben und unsterblich sein. Aber ebenso unsterblich, ebenso unvergänglich wird die Schande unseres Landes sein, in dem so etwas geschehen konnte.

Nach der Büchverbrennung begann Claudia mich zu quälen, ich solle doch in die Schweiz gehen. Ich dachte nicht mehr hierher, ich würde mich dort viel wohler fühlen.

„Glaubst du, daß ich einen Sichtvermeel besonme?“ fragte ich sie ein wenig boshaft.

Sie wurde dunkelrot.

„Wozu brauchst du einen, Mutter? Du hast doch das Motorboot. Du kannst doch wieder einmal die Schweizer Grenze entlang fahren.“

Wieder einmal die Schweizer Grenze entlang fahren? Also hat sie es doch genutzt! Und hat geschwiegen! Ich empfand eine große tiefe Kräu, doch durfte ich Claudia das nicht merken lassen. So sagte ich nur:

„Warum willst du mich loswerden, Claudia?“

„Weil, weil...“ Sie stockte und sagte dann mit tonloser Stimme, wie ein Mensch, der eine unwidrig gelehrte Lektion verlernt: „Weil ich in die SA, eine Menge dunkler Elemente eingeschlichen hat und es nicht ausgeschlossen ist, daß diese Provokateure gegen den Willen der Führer...“ Sie brach ab und flüsterte dann: „Ich bitte dich, Mutter, geh in die Schweiz. Es könnte dir etwas geschehen. Diese Menschen, die sich als Nationalsozialisten ausgeben und in Wirklichkeit etwas ganz anderes sind...“

Ich blickte sie an und fragte:

„Zeit wann läßt du, mein Kind? Bei allem, was du getan hast, habe ich mich damit getötet, daß du wenigstens aufrichtig und nicht verlogen bist. Hast du jetzt auch noch diese eine gute Eigenschaft verloren?“

Sie wurde dunkelrot, sie senkte die Augen, hob sie dann wieder, sah mich mit einem stillen Blick an. Ihre Hände zitterten, ihre Lippen bebten. Sie konnte meinem Blick nicht standhalten. Unvermittelt sagte sie, mit der einen zitternden Hand auf das Madonnenbild über dem Bettstuhl weisend:

„Du bist wieder fromm geworden, Mutter. Vete, vete, daß nicht alles, daß nicht...“ Die Stimme versagte ihr. Sie stand so hilflos, so verloren vor mir, daß mir das Herz weh tat.

„Komm her, Claudia“, sagte ich sanft. „Ich möchte dir etwas sagen.“

Sie gehorchte und setzte sich neben mich. Sie sehen alles mit andern Augen, mein Kind. Wir sind in den letzten Monaten fast Feinde gewesen. Vielleicht war ich zu hart gegen dich. Ich will dir keine Vorwürfe mehr machen, möchte dich nur um eines bitten: sei dir selbst treu. Handle nicht gegen deine bessere, deine wahre Ueberzeugung.“

„Neine bessere Ueberzeugung!“ (Fortsetzung folgt.)

Kommunistisches Süppchen

gekocht am Feuer der nationalen Demagogie.

Beinahe haben wir den deutschen Christlich-sozialen Unrecht getan. Beinahe hätten wir übersehen, daß die Kommunisten die Frage der deutschen Arbeitsstellen in der Pensionsversicherung noch demagogischer und mit noch tönischerer Verdrehung der Tatsachen behandeln als die Christen. Der „Vorwärts“ schreibt:

„So haben die Verhandlungen im Ministerkollegium in der Frage der Auffassung der deutschen Landesstelle der Pensionsversicherungsanstalt mit einem Siege Dubichs geendet. Dem Minister für soziale Fürsorge wird angeordnet, die Auffassung der deutschen Landesstelle aus Gründen der Zweckmäßigkeit und Billigkeit zu erwägen, d. h. durchzuführen.“

Da das kommunistische Blatt unwissend genug ist, um zu zweifeln, ob es eine deutsche Landesstelle oder mehrere gibt, weshalb es zur Vorsicht abwechselnd die Einzahl und die Mehrzahl gebraucht, darf man keineswegs erstaunt darüber sein, daß es mit den als kommunistischen Kommentar hinzuerfindenden Worten „d. h. durchzuführen“, die Sache so hinstellt, als ob der Fürsorgeminister nun das Recht hätte, die deutschen Arbeitsstellen morgen aufzulösen, wozu aber in Wirklichkeit ein Gesetz nötig wäre. Der Minister ist vielmehr bloß beauftragt, ein solches Gesetz vorzubereiten, das, wenn es überhaupt dazu käme, erst den Ministerrat und das Parlament passieren müßte. Mit anderen Worten, der Ministerrat hat sich überhaupt nicht mit der Auffassung der deutschen Arbeitsstellen beschäftigt, sondern nur mit einer Resolution, in der oben-dreien von besagter Auflösung nichts drin steht.

Der „Vorwärts“ bringt nämlich, was selbst die Christlichsozialen nicht gewagt haben, den alten, später fallengelassenen Text der Resolution und noch dazu nicht als Resolution, sondern als sofort vollziehbarer Beschluß des Ministerrates. Und damit beweist er einen Verrat der deutschen Sozialdemokraten an der nationalen Autonomie! Für einen grundsätzlichen Gegner dieser Autonomie weiß Gott eine tüchtige Leistung!

Entrüstung statt Entscheidung

Die „Deutsche Presse“ und der „Völkische Beobachter“.

Die christlichsoziale „Deutsche Presse“ beklagt sich in ihrer gestrigen Ausgabe bitter über einen verleumdenden Angriff des „Völkischen Beobachters“ gegen die Partei, der sie dient. Hitlers Organ hat nämlich in einem vierseitigen Artikel auf der ersten Seite behauptet, daß „deutsche Kirchengelder für reichsfeindliche Propaganda“ in die Tschchoslowakei fließen, daß man bei der in Freivaldau verhafteten Apothekerin Dr. Hoffmann Geldengänge aus Breslau neuer kirchlichen Kreise gefunden habe und daß — auf dem Umweg über den Caritasverband — die christlichsoziale Partei in der Tschchoslowakei reichsdeutsche Zentrumsfelder empfangt, um damit Propaganda gegen das Hitler-Regime zu treiben. Die „Deutsche Presse“, die in dem dahingelassenen Herrn Krebs den Urheber dieser Behauptungen vermutet, weist die Verleumdung mit großer Schärfe zurück. Denn erstens habe sie und ihre Partei keine Kirchengelder aus Deutschland erhalten — und zweitens treibe sie keine Propaganda gegen Hitler. Das ist freilich nur allzu richtig — und wenn sie auch jetzt noch, angeführt der amtlich betriebenen Kampagne der Hafenskreuzer nichts anderes zu tun weiß, als vom „Völkischen Beobachter“ eine Nichtigstellung zu erwarten (ein frommer Wunsch, fürwahr!) und mit dem Dieb gegen den Drückerberger Krebs eine durch nichts bewiesene moralische Verdächtigung der von Hitlers Terror betriebenen und von völkischer Lüge angeleiteten deutschen Emigranten zu verbinden, dann beweist sie damit, daß sie die Situation, in der sich heute das Deutschland und auch sie selbst befindet, noch immer nicht erkennen will. Sie ermahnt (nachdem sie erst kürzlich die Kampfweise der Hitlerischen durch Henleins „Rundschau“ zu spüren bekam) allen Ernstes die braunen Verleumder, an den „deutschen Ehrbegriff“ zu denken, statt einzusehen, daß dieser deutsche Ehrbegriff heute gebieterisch verlangt, das Schändliche zu bekämpfen, das im Dritten Reich (nicht nur den Katholiken!) geschieht. Die Leser der „Deutschen Presse“ und die Anhänger des Katholizismus haben, wenn schon nicht die Schmach, so doch sicher bereits die Gefahr erkannt, die vom Hafenskreuz droht. Wie lange wird die „Deutsche Presse“ aus Marxistenhaft und antisemitischer „Nächstenliebe“ noch zögern, sich zur selben Erkenntnis durchzuringen?

Mährisch-schlesischer Landesausschuß

Das Landesbudget für 1935 beschlossen.

Brünn, 8. Juni. Zu Beginn der heutigen Sitzung des mährisch-schlesischen Landesausschusses teilte Landespräsident Cerny mit, daß dem Ministerpräsidenten, dem Eisenbahn-, dem Innen- und dem Finanzministerium hinsichtlich des ablehnenden Standpunktes des Eisenbahnministeriums in Angelegenheit der Verstaatlichung der schlesischen Landesbahnen eine Darlegung über-

reicht wurde. Auch dem Unterrichtsministerium wurde zur ablehnenden Antwort hinsichtlich der Verstaatlichung der Landesmittelschulen eine Darlegung übermittelt.

Bei einer gemeinsamen Beratung der Vertreter des Unterrichtsministeriums und des Landes Mähren-Schlesien, wurde vereinbart, daß das Unterrichtsministerium der Regierung einen Antrag auf Anlauf der Landeserziehungsanstalten in der Prager Straße für die Tierärztliche Hochschule zum Betrage von 3 1/2 Millionen Kč unterbreiten wird. Gleichzeitig wurde auch vereinbart, daß das Unterrichtsministerium für dieselbe Schule die ehemalige Kavalleriekaserne in der Prager Straße zu einem Betrag von 5.700.000 Kč kauft und außerdem dem Land Mähren-Schlesien zur Deckung der schuldigen Quartierbeiträge ein Pauschal von 200.000 Kč zahlt. Das Land Mähren-Schlesien erhielt für Investitionen von der Pensionsanstalt in Prag 2 Millionen Kč.

Der Mörder als Personalchef

(Sovade.) Die Großeinlaufgesellschaft Deutscher Konsumvereine in Hamburg (GEC) ist seit dem Hitlerkrieg gleichgeschaltet und die Nazis, die sich früher als die unerbittlichsten Feinde der Genossenschaftsbewegung bezeichneten, haben in alle leitenden Stellen der GEC eine große Anzahl ihrer „alten Kämpfer“ untergebracht. Nach welchen hohen sachlichen Gesichtspunkten die Auswahl der Bewerber und die Besetzung der leitenden Stellen im Dritten Reich erfolgt, das beweist ein Beispiel. Als Personalchef der GEC fungiert jetzt ein alter Nazimann. Er heißt Otto Ernst Heinrich V a m m e l, ist heute 29 Jahre alt und war früher Handlungsgehilfe. Seine kaufmännischen Fähigkeiten sind nicht bekannt, sie waren auch keineswegs für seine Reuanstellung maßgebend, denn Vammel hat seine Kunst der Menschenbehandlung, über die er als Personalchef eines so großen Betriebes wie die GEC ihn darstellt, verfügen mußte, bereits früher unter Beweis gestellt. V a m m e l ist ein Mörder. Er hat in der Nacht zum Sonntag, dem 16. März 1931, in einem Autobus, der von Jollenpieter nach Hamburg fährt, mit zwei anderen

Neubildung des belgischen Kabinetts

Die katholischen Minister bleiben. Brüssel, 8. Juni. Der König hat den bisherigen Ministerpräsidenten Graf De Broqueville, den Führer der katholischen Partei, mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt. Der bisherige Außenminister, der Liberale Symons, soll im neuen Kabinett durch den bisherigen Finanzminister J a s p e r ersetzt werden. Auch einige andere Liberale sollen durch neue Persönlichkeiten ersetzt werden, während die katholischen Minister zum größten Teil in der Regierung verbleiben.

Wirren in Spanien

Madrid, 8. Juni. (Havas.) Die politische Situation in Spanien ist sehr verworren. Neben den sich hartnäckig erhaltenden Gerüchten über geplante Ansturzversuche von links und rechts wurden auch Meldungen über einen bevorstehenden Konflikt zwischen Madrid und Barcelona bekannt. Den Gegenstand des Konfliktes bildet das Gesetz über Bodenpachtverträge. Das katalanische Abgeordnetenhaus hat den Gesetzentwurf angenommen, der Madrider Verfassungsgerichtshof ist jedoch zu der Ansicht gelangt, daß das Gesetz der Verfassung widerspricht. Es verlautet, daß die katalanische Regierung entschlossen sei, das Gesetz ohne Rücksicht auf den Spruch des Madrider Gerichtshofes durchzuführen.

Die Polizei hat einige Waffen- und Munitionslager aufgedeckt, die sowohl Sozialisten und Anarchisten, wie auch Monarchisten und Faschisten gehörten. Der Streik der landwirtschaftlichen Arbeiterschaft in einigen Provinzen trägt zur Verschärfung der Situation bei, da es in zahlreichen Gemeinden zu Zusammenstößen gekommen ist, die mehrere Todesopfer forderten.

Zusammenkunft Hitler-Mussolini?

Paris, 8. Juni. „Zeit Parisien“ erzählt über London, daß in Venedig in Kürze eine Zusammenkunft zwischen Mussolini und Hitler stattfinden soll. Das Havas-Büro meldet aus Rom, daß Mussolini gestern die Hauptstadt verlassen hat, um sich in seine engere Heimat in der Provinz Romagna in Norditalien zu begeben, wo er sich mindestens eine Woche aufhalten gedenkt. Es ist nicht ausgeschlossen, so fügt der Berichterstatter hinzu, daß Mussolini diesen Aufenthalt in Norditalien zu persönlichen Zusammenkünften mit einigen hervorragenden ausländischen Politikern benützen wird. Auch das Reuters-Büro erzählt von seinem Berliner Berichterstatter, daß es in der nächsten Zeit zu einer Zusammenkunft zwischen Adolf Hitler und Mussolini kommen soll, daß jedoch bisher weder das Datum noch der Ort der Zusammenkunft festgelegt worden seien.

In der Sitzung des Landesausschusses wurde auch das Landesbudget für das Jahr 1935 durch beraten. Das Budget weist im ordentlichen Bedarf 302.692.100 Kč und in der ordentlichen Bedeckung 302.685.100 Kč aus. Gegenüber dem Jahre 1934 wird der Bedarf um 10.178.841 Kč das sind um 27 Prozent, herabgesetzt. Das Investitionsbudget für das Jahr 1935 hat einen Bedarf von 24.550.220 und eine Bedeckung von 1.725.000 Kč. Das Budget wird nach Durchberatung in den einzelnen Kommissionen der Herbsttagung der Landesvertretung vorgelegt werden.

Bergarbeiterstreik beendet

Pilsen, 8. Juni. Der Bergarbeiterstreik auf der Grube „Arminich II“ in Tlučna bei Pilsen, der am Donnerstag ausbrach und die ganze Nacht sowie fast den ganzen Freitag andauerte, wurde am Freitag abends beendet.

Spießgesellen des kommunistischen Bürgerchaftsmitglied Hennig erschossen.

Diese Mordtat erregte durch ihre Begleitumstände in ganz Deutschland großes Aufsehen, denn die drei Nationalsozialisten zwangen während der Fahrt den Chauffeur mit vorgehaltenem Revolver zum Dallen und forderten Henning, der in dem Autobus saß, auf, seine Papiere zu zeigen. Als Henning seinen Namen nannte, erwiderten sie: „Den jucken wir gerade“ und ückerten im gleichen Augenblick Henning mit mehreren Schüssen nieder. Er war sofort tot. Eine im Wagen befindliche Lehrerin erhielt zwei Beinwunden. Vammel stellte sich mit einem seiner Spießgesellen in der gleichen Nacht der Hamburger Polizei, der dritte Täter wurde am anderen Tage verhaftet. Mitte November 1931 fand die Gerichtsverhandlung gegen die drei Mörder statt, in der V a m m e l zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt wurde. Der Staatsanwalt hatte acht Jahre Zuchthaus beantragt. Zwei Jahre später ist Vammel Personalchef der GEC geworden, und dort entscheidet er heute als kaffischer Zeuge der „aufbauwilligen Kräfte der Nation“ über das Schicksal von vielen hunderten Angestellten und Arbeitern.

Roosevelt kündigt Sozialversicherung an

Washington, 8. Juni. Präsident Roosevelt hat den Kongress eine Botschaft zugehen lassen, in der ein umfassender Plan zur Sicherstellung der Wohlfahrt aller amerikanischen Bürger vorgezeichnet wird. Als Grundfah wird aufgestellt, daß jedem Volksgenossen und seiner Familie ein eigenes Heim, sein tägliches Brot sichergestellt und daß durch die Schaffung einer Sozialversicherung für ihn im Falle von Alter und Krankheit geforgt wird. Die Mittel für die Sozialversicherung sollen nicht im Wege der allgemeinen Steuererhebung, sondern durch die Beiträge der Versicherungsträger aufgebracht werden. Bei der Sozialversicherung handelt es sich vor allen Dingen um eine Versicherung gegen die Arbeitslosigkeit. Bekanntlich ist eine derartige Einrichtung in den Vereinigten Staaten bisher unbekannt.

Amerikas Rückkehr zur ungebundenen Preispolitik

Washington, 8. Juni. Der Leiter der Nixon-Johnson kündigte am Donnerstag an, daß, von wenigen Ausnahmen abgesehen, alle Preisfestsetzungen fallen gelassen werden und selbst von der Festsetzung der Mindestpreise abgesehen werden soll. Die Presse bezeichnet diesen Schritt als den Beginn der Rückkehr zu freien Wettbewerben. Er mache die Revision von mehreren hundert Nixon-Codes notwendig. Die neue Preispolitik, von der man erwartet, daß sie die in der letzten Zeit auftretenden monopolistischen Tendenzen verschwinden lassen wird, soll bei künftig aufzustellenden Codes berücksichtigt werden.

Der Mörder Arlosorows zum Tode verurteilt.

Jerusalem, 8. Juni. Das Gerichtstribunal in Jerusalem verurteilte nach 33tägiger Verhandlung den Anhänger der jüdischen Zionisten-Revisionisten-Partei S t a v s k i zum Tode; der Anhänger derselben Partei Rosenblatt wurde freigesprochen. Beide wurden beschuldigt, am 17. Juni 1933 den Vorsitzenden der Exekutive der Zionisten Dr. Arlosorow ermordet zu haben. Die Anklage behauptet, daß beide Angeklagten Dr. Arlosorow erschossen, als dieser gegen Mitternacht mit seiner Gattin am Quai in Tel Aviv spazieren ging. Das Motiv zur Tat bildete die sichtlich unzurechnungsfähige Feindschaft der Angeklagten gegenüber der offiziellen zionistischen Politik, die Dr. Arlosorow und seine Mitarbeiter verfolgten. Die Angeklagten verteidigten energisch ihre Unschuld. Der dritte Angeklagte Abarckmeir wurde bereits im Mai des Jahres 1934 freigesprochen, da für seine Mitschuld nicht genügend Beweise vorlagen.



Röhms Urlaub von der Reichswehr

Der in die Wüste geschickte Stabschef. Der vierwöchige „Arbeitsurlaub“ des Herrn Röhm hat, wie aus Berlin verlautet, seine höchst erhabenen Hintergründe. Natürlich ist der ehrenwerte Stabschef nicht krank, man hat ihn erst vor wenigen Tagen munter in Berlin herumlaufen sehen. Von Depressionszuständen und Müdigkeitsercheinungen war nichts zu bemerken. Man nimmt aber an, daß der etwas unfreiwillige „Urlaub“ des Stabschefs auf die Intervention des Reichswehrministeriums zurückzuführen ist, mit dem Herr Röhm bekanntlich in erstem Kampfe liegt. Herr Hitler, der sich ja nie endgültig zu entscheiden pflegt, hat auch hier wieder ein Hintertüchlein gestunden und den Stabschef bedingt in die Wüste geschickt, vor allem, um erst einmal Zeit zu gewinnen.

Demonstration beim Leichenbegängnis

Explosionen ohne Ende. Wien, 8. Juni. (AP.) Am 7. Juni d. J. versuchten etwa 200 sozialdemokratische Parteigänger in Wiener-Neustadt anlässlich des Leichenbegängnisses eines in gerichtlicher Haft verstorbenen Schutzbündler zu demonstrieren, wurden jedoch von der Gendarmarie sofort gestoppt. Im Anschluß daran explodierte am Friedhof ein Papierboller, der jedoch keinen Schaden anrichtete.

In der Nacht zum 8. Juni explodierte im Turmzimmer der Hochschule für Bodenkultur eine mit brilliantem Sprengstoff gefüllte Metallflasche und zerstörte die Zimmereinrichtung vollkommen.

Am 7. Juni wurde um 23.30 Uhr in Hilberten in Oberösterreich der Kommandant der Starhembergischen Jägerkompanie Stüring, Johann Neubauer, der sich auf dem Heimwege befand, durch einen aus dem Hinterhalt abgegebenen Schuß in den Rücken schwer verletzt.

Donnerstag gegen 22.30 Uhr explodierte in der Nähe eines bei Wels befindlichen Militärdepotmagazins ein Sprengkörper, der beträchtlichen Sachschaden anrichtete. Der Anschlag galt wahrscheinlich dem in diesem Gebäude wohnenden Mas-

Verbot der Hitlerpresse in Oesterreich verlängert

Wien, 8. Juni. Amtlich wird mitgeteilt: Das Bundespresidium hat auf Grund des Art. 1 der Verordnung vom 12. Oktober 1933 das feinerzeit verfügte Verbot der Verbreitung aller im Deutschen Reich erscheinenden Tageszeitungen und gewisser Zeitschriften im gleichen Umfang für einen Zeitraum von weiteren drei Monaten, Endtag den 16. September 1934, verlängert. Die gegen bestimmte Zeitungen für eine längere Zeitdauer verfügten Verbote werden hierdurch nicht berührt. Nebenverletzungen werden mit Verwaltungsstrafen bis 2000 Schilling oder drei Monaten Arrest geahndet.

Heimatschutz unter dem Kommando eines Habsburgers

Wien, 8. Juni. In Warbach an der Donau hat gestern eine vaterländische Kundgebung stattgefunden, an der der ehemalige Erzherzog Dr. Hubert Salvator als Gauführer des Heimatschutzes im Bezirke Wien-Neuberg teilgenommen hat.

Naturfreunde in Bergfreunde umgewandelt

Wien, 8. Juni. Wie die „Neue Freie Presse“ meldet, hat Vizelandesrat Starhemberg den neuen Satzungen des ehemaligen Arbeitertouristenvereins „Naturfreunde“ die vorgeschriebene Genehmigung erteilt. Der neue Verein wird den Namen „Oesterreichischer Touristenverein „Bergfreunde“ führen.

Gefährlicher Fund

Klagenfurt, 8. Juni. In einer Bauernstube bei Holzberg beschäftigte sich der Anwalt Prasnik damit, einen Sprengkörper, den er auf der Straße gefunden hatte, zu zerlegen. Der Sprengkörper explodierte hierbei und Prasnik erlitt so schwere Verletzungen, daß er kurz nach der Heberführung in das Spital starb.

Richard Strauss — siebzig Jahre

Am 11. Juni 1864 wurde Richard Strauß als Sohn eines Münchener Hofmusikers geboren. Der also übermorgens Siebzighährige hat einen schwindelerregenden Aufstieg genommen, völlig ohne jene äußerliche Widerstände und ohne jene Notperioden, die sonst das Leben und die Entwicklung fast aller großen Schaffenden gerade auf dem Gebiete der Kunst kennzeichnen. Mit knapp zwanzig Jahren ist Strauß schon Opernkapellmeister in München, als dreißigjähriger Operndirektor, mit vierzig Jahren Ehrenbürger und Generalmusikdirektor. Schon um die Jahrhundertwende erregt er Weltruhm, ist heute der bedeutendste und anerkannteste unter allen Musikern aller Nationen, ein feinstreicher Mann, der es immer verstanden hat, den Punkt des geringsten Widerstands zu wählen, Kunst und Geschäft, das und den Verdienst miteinander zu verknüpfen.

Aus diesem Wesen heraus, das nicht aggressiv, aber wohlberedend ist, hat Richard Strauß sofort seinen Frieden mit den neuen Machthabern Deutschlands gemacht, ist heute als erster Mann der Reichsmusikkammer in Berlin der Repräsentant dessen, was man in Dritten Reich Kultur nennt.

Der Mensch Richard Strauß hat nie unsere besonderen Sympathien gefunden — seine Haltung jetzt bestätigt, wie richtig wir fühlten und urteilten. Man muß ihn nicht verurteilen wie jenen Gehärt Hauptmann, der sich zum Sperrdecker des neuen Deutschland, zum Ja-Sager erniedrigte, aber man kann ihn nicht wertschätzen.

Das darf natürlich nicht hindern, die unvergleichliche Bedeutung anzuerkennen und zu würdigen. Die Richard Strauß im deutschen und internationalen Musikschaffen von fast fünf Jahrzehnten bezeugt. Richard Strauß ist mehr und anderes als der größte Epigone der ewiglebenswerten deutschen Symphoniker und Musikdramatiker; er ist unter allen Komponisten, die um die Jahrhundertwende von Deutschland aus ihren Weg in die Weltmusik nahmen, der am radikalsten nach neuen Wegen, nach neuem Ausdruck suchende; zwar nicht von neuer, geistig und seelisch revolutionärer Empfindung und Gestaltung her, wohl aber mit dem Verständnis und einer unerhörten technischen Begabung für die neuen Formen, die ein neuer Lebensstil verlangte. Richard Strauß ist als die vollendetste musikalische Inkarnation des modernen Bürgers anzusehen, der herabsteigende musikalische Ausdruck einer technischen Bewusstseinsform, die als Gewand für einen seelisch verflachenden Organismus dient. Technisch führt Richard Strauß über Wagner hinaus, als FINDER und Gestalter eigenen inneren Erlebens bleibt er hinter ihm zurück.

Als Opernkomponist und Musikdramatiker, als welcher sich Strauß den größten Ruhm erntete, steigt Strauß, nach seinen unzulänglichen Jugendwerken („Guntram“ und „Feuersnot“) mit „Salome“ und „Elektra“ auf den Gipfel, hält ihn inne mit dem „Rosenkavalier“ und der „Ariadne auf Naxos“. Künstlerische Höhenluft weht noch aus der Rantomime „Josephslegende“. Das Jahr 1919 sieht ihn als Staatsoperndirektor in Wien und als Autor der schon problematischeren „Frau ohne Schatten“, „Schlagobers“, „Intermezzo“, „Ägyptische Helena“ vermögen sich die Bühnen nur mehr teilweise zu erobern; dem bisher letzten Opernwerk Richard Straußens, der „Ariadne“, die wieder die Sanktlichkeit des „Rosenkavalier“ aufweist, werden sie sich vielleicht stärker erschließen. Aber selbst die schwächeren Werke Richard Straußens bedeuten nicht nur im Hinblick auf das sonst ärmliche musikdramatische Schaffen unserer Zeit, sondern auch infolge der überlegenen Kunst des Meisters immer noch außerordentlich viel für die Spielpläne der Opernbühnen.

Unter den symphonischen Dichtungen Straußens ragen sein „Don Juan“, „Tod und Verklärung“, „Zill Eulenpiegel“, „Don Quixote“, „Heldenleben“, seine „Domestica“ und die „Alpen-Symphonie“ hervor. Daneben hat Strauß noch Bedeutung als Liederkomponist.

Von seinen Orchesterwerken gilt das Wort Paul Gräners, daß Strauß „das plastisch-architektonische Formengerüst der klassischen Symphonie unmutig zerflügelt und dessen umherliegende Trümmer mit programmatischen Ideen, mit einer Fülle von charakterisierenden Themen und Motiven und mit einer farbenprächtig schillernden Instrumentation bunt und üppig umkleidet“; der Opernkomponist Strauß bringt keine „unmittelbar seelische Offenbarung der handelnden Personen“, seine Musik ist vielmehr nur „ein Epheu um den fertigen Stamm der Dichtung“, gleichviel ob sie von Wilde oder Hoffmannsthal stammt; kein großer Schöpfer, aber ein fast beispielloser Rührer.

Französisches Militärflugzeug abgestürzt

Paris, 8. Juni. Unweit der Stadt Orleans stürzte ein Militärflugzeug ab. Der Mechaniker fand den Tod, der ihn begleitende Unteroffizier wurde tödlich verletzt.

Ein Prager Todesopfer des Bog-, „Sports“

Ein notleidender Student im Bogring getötet

Donnerstag fanden im Winterstadion in Prag Vorkämpfe statt, bei denen der vierundzwanzig Jahre alte Medizinstudent Ivan Odinec, ein Russe von Geburt, auftrat. Es heißt, daß der junge Mann nur deshalb bei öffentlichen Vorkämpfen auftrat, weil er sich mit dem Vogen sein Studium ermöglichen und damit auch den Lebensunterhalt seiner Schwester bestreite. Ein Voger aus Rot also, Odinec, der unter dem Namen Ondinob in den Ring trat, war als harter Schläger bekannt, der selbst auch die schwersten Schläge, ohne mit einer Wimper zu zucken, entgegennahm. Solche Voger, die, ohne gleich zusammenzubrechen, sich verdröhnen lassen, haben die Liebhaber des Bogringes besonders gern; jene haben gewissermaßen immer wieder die Ausichten in den Ring zu kommen oder deutlicher gesagt, öfter Gelegenheit, geprügelt zu werden und zu prügeln und damit auch Geld zu verdienen.

Mittwoch stand Odinec dem ebenfalls als tüchtigen Voger bekannten Kuz Stary gegenüber und erst in der sechsten Runde stürzte er plötzlich, ohne im gleichen Moment einen Schlag

empfangen zu haben, zusammen. Die Zuschauer — es waren an die 9000 — nahmen den Sturz als Folge eines Schläges hin und der Ringrichter zählte ruhig — als ob es sich um etwas Selbstverständliches handeln würde — aus, und als er zu Ende kam, erhob sich Odinec schwer vom Boden und laumelte in die Ringede, wo er auf einem Stuhl zusammenbrach. Nur ein Zuschauer rief erregt: „hier ist etwas nicht in Ordnung, der Mann ist verunglückt“, die anderen aber glaubten noch immer an die normale Folge von schweren Hieben und da sich der Voger nicht mehr erheben und aufrechterhalten konnte, rief man den Arzt, der nach kurzer Untersuchung Odinec in das Krankenhaus auf der Pulovka schaffen ließ, wo er nach kurzer Zeit, ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben, starb. Als Todesursache wird von den Ärzten Gehirnerschütterung als Folge eines Schläges angenommen.

Odinec galt als braver, fleißiger Mensch, der als Mediziner zu den größten Hoffnungen berechnete. Die Not und die Liebe zu seiner Schwester trieb ihn diesem nichtswürdigen, brutalen „Sport“ zu.

Tagesneuigkeiten

Eine Mutter geht mit ihrem Kind ins Wasser

Mittwoch abends kam die 33jährige Anna Rosenberg aus Trautenau mit ihrem sechsjährigen Söhnchen nach Arnau und hat bei einer ihr bekannten Frau um Unterkunft für kurze Zeit. Das Obdach wurde der Frau ohne weiteres gewährt, doch entfernte sich die Frau mit dem Kinde gegen 9 Uhr abends, um nicht mehr zu der besuchten Familie zurückzukehren. Donnerstag früh wurde die Leiche der Frau, und an sie mit einer Schnur befestigt, auch die Leiche des Knaben im Elbe schiff im b a d gefunden. Frau Rosenberg sollte von ihrem Mann geschieden werden und der Ausgang einer Gerichtsverhandlung, die Mittwoch vormittags stattfand, dürfte ihr die Ueberzeugung gebracht haben, daß die Scheidung nicht mehr zu verhindern sei. Sie zog den Tod dem Leben ohne den Mann vor.

Bergung von zwei Opfern der Nelson-Katastrophe

Miel, 8. Juni. Gestern wurde im „Nelson“ Schacht ein weiterer Grabenabschnitt geöffnet. Es handelt sich um die nach Osten zum Wettertschacht 7 führende Anlage. Die Arbeiten brachten einen Streckengewinn von insgesamt 620 Metern. Nach Bewältigung dieser Strecke wurde der Wettertschacht 7, der nach der Katastrophe, wie alle übrigen Schächte, geschlossen worden war, geöffnet und der Ventilator in Betrieb gesetzt. Diese Strecke wurde bekanntlich unmittelbar nach der Katastrophe von sechs Bergleuten passiert, von denen sich vier durch Aussteigen beim Wettertschacht 7 retten konnten, während die beiden anderen, der Häuer Keller und der Feuerwächter Anton Pech, welche ebenfalls durch den Schacht ins Freie gelangen wollten, von den Gasen erstickt und getötet wurden. Ihre Leichen konnten gestern am späten Abend geborgen werden. Der Häuer Keller stammte aus Herrlich, war 31 Jahre alt, verheiratet und Vater eines Kindes. Der Feuerwächter Pech stammte gleichfalls aus Herrlich, war 53 Jahre alt, Witwer und ohne Familie. Die beiden Leichen waren vollkommen erhalten. Ihre Beerdigung wird morgen auf dem Offener Friedhof erfolgen.

Wetterkatastrophe in San Salvador

New York, 8. Juni. Die Zeitung der Panamerikanischen Luftverkehrs-Gesellschaft erhielt von ihrem in San Salvador gelegenen Flugplatz einen Funkpruch, wonach San Salvador von einem furchtbaren Orkan mit anschließendem Vulkanausbruch heimgesucht worden ist. Zahlreiche große Gebäude in der Hauptstadt sind zum Teil zerstört worden. In den Wohnvierteln wurden zahlreiche Häuser völlig vernichtet. Infolge völliger Lahmlegung aller Verkehrsmittel sowie der Licht- und Kraftanlagen hat sich die Regierung gezwungen gesehen, das Kriegsrecht zu erklären. Soweit bisher bekannt ist, sind bei dem Unwetter 8 Menschen umgekommen. Die Zahl der Obdachlosen beträgt 500. Der Schaden wird auf 1 1/2 Millionen Dollar geschätzt.

Promotion eines 83jährigen

Saragossa, 8. Juni. An der hiesigen Universität hielt gestern ein 83jähriger Hörer seine Doktor-Dissertation über die Geschichte der spanischen Literatur; er promovierte mit Auszeichnung.

25.000 Dollar Koppreis für Dillinger

Washington, 8. Juni. Unter einer Reihe von Gesetzen zur Bekämpfung der steigenden Kriminalität in den Vereinigten Staaten unterzeichnete Präsident Roosevelt auch eine Verordnung, durch die das Justizdepartement ermächtigt wird, auf die Ergreifung von notorischen Verbrechern einen

Preis in der Höhe von 25.000 Dollar auszugeben. Damit werden für die Ergreifung Dillingers nunmehr 25.000 Dollar Belohnung ausgezahlt.

Einer von Dillingers Haupt Helfern namens Tommy Carroll wurde am Donnerstag in Waterloo (Iowa) bei einem Zusammenstoß mit Polizisten tödlich verletzt. Er starb wenige Stunden später in einem Krankenhaus. Ein mit ihm aufgegriffenes Mädchen, das sich als seine Frau bezeichnete, gab zu, daß sie und Carroll bei einer Schießerei in einer Waldschänke im Staate Wisconsin am 28. April beteiligt gewesen waren, bei der mehrere Polizeibeamte erschossen worden waren.

Sport oder blutiger Kummel?

Das der bürgerliche Sportbetrieb mit ernsthaftem, wertvollem Sport in sehr vielen Fällen nur noch wenig, mit nicht allzu sauberen Geschäften interessierter Manager jedoch sehr viel zu tun hat, ist schon oft erörtert worden. Rekordphosphor auf der einen, materielle Spekulation auf der anderen Seite haben ihn zu einer meist unerfreulichen Begleiterscheinung unetzer gesellschaftlichen Anarchie gemacht, ein Tiefstand, über den auch der äußerlich glänzende Rahmen nicht hinwegtäuschen kann. Der Bogring, der am Donnerstag Abend beim Meeting im Winterstadion zu einem Todesopfer geführt hat, ist an sich sehr umstritten. Es gibt recht vernünftige Leute, deren gesundes sportliches Interesse über jeden Zweifel erhaben ist, und die doch, oder vielleicht gerade deshalb, dieser Sparte der körperlichen Erleichterung mit äußerster Skepsis gegenüberstehen. Mit dem Wesen des Sports an sich hat das Vogen kaum etwas zu tun. Sport als Massenleistung, Sport als Hochziel der systematischen Heranbildung gestählter, willensstarker Menschen, die der drückenden Schwere des Alltags mit mehr Mut und zukunftsreicher Energie entgegenzutreten können, wie die vorige Generation, hat gewiß nichts gemein mit jenen effektgeladenen Preisprügeleien, die man von Zeit zu Zeit veranstaltet, um einer gewissen Schicht sensationssüchtiger Menschen das Geld aus der Tasche zu locken. Es ist ein Geschäft, das hier arrangiert wird, und kein angenehmes dazu. Wenn der Sieger seinen Gewinn einstreicht, wenn auch der Besiegte nicht leer ausgeht und die Manager ihren Triumph feiern, so ist das im Grunde nichts anderes als eine private Spekulation zweier muskelstarker Herren und ihrer Propagandachefs und hat mit gesundem Sport soviel zu tun wie eine Gasthaus-Schlägerei mit einer gymnastischen Übung. Der Russe Odinec, der am Donnerstag von dem Weltgewichler Kurt Stary so gründlich geschlagen wurde, daß er nicht mehr aufstand, wurde ein Opfer dieser Art „Sport“, die an die übelsten Instinkte im Menschen appelliert. Ueber diese Dinge muß endlich einmal offen gesprochen werden. Sport wird erst dann eine Angelegenheit des allgemeinen Interesses, wenn er wirklich mehr als Selbstzweck für ein paar countierte Geschäftsmacher ist. Offentlicher Totschlag zu zivilen Preisen, den man uns am Donnerstag im Winterstadion bot, kann jedoch nur den Sport bei jenen, die ihm nicht freundlich gegenüberstehen, aufs schmählteste diskreditieren. Gerade der Arbeiter-sport, der sich stets gegen den ordinären Sportknochenismus der Tagespekulanten gewehrt hat und dessen Ehrgeiz immer darauf gerichtet war, die Massen seiner Anhänger nicht zu zweifeln, sondern in ihnen den Sinn für den Wert der Körperkultur zu wecken und zu vertiefen, hat ein Recht, gegen derartige blutige Auswüchse nachhaltig zu protestieren. Nicht Müßelbergottung für spektakelstropher Schreier, denen es auf einen Nerventipfel ankommt, sondern Sport, um eines höheren und übertragenderen Zieles willen, das ist die Devise des Arbeitersports! Die Prager Arbeiter-Olympiade wird eindrucksvoll unter Beweis stellen, daß zwischen dem Totschlags-„Sport“ à la Winterstadion und der zielbewußten, verantwortungsvollen Erziehungsarbeit unserer Arbeitersportler ein Abgrund liegt, der jedem, der zu wagen ver-

Vom Arbeiter-Turn- und Sport-Verband

Achtung, Prag-Fahrer!

Die Massenberpflegung in Prag kostet circa 6 Kč täglich. Der Frühstücksteller wird in den Schulen verabfolgt. Mittagessen und Nachmittags in Stadion. Diejenigen, die diese Verpflegung wünschen, müssen bei der Meldung bei den Vereinen anfragen, für welche Tage und gleichzeitig den Betrag mitbringen.

Für die Hauptvorführungen am 8. Juli nachmittags und für das Festspiel abends steht eine beschränkte Anzahl von ermäßigten Karten zu 5 Kč, die nur als Zuschlagskarten zur Restkarte ausgegeben werden, zur Verfügung. Wer solche wünscht, muß es bei der Vereinsleitung mitangeben und den Betrag gleich erlegen.

steht, den Unterschied zwischen Kummel und Sport aufzeigt!

Die Revisionskosten bei der staatlichen Ernährungsaktion. Wie wir erfahren, schreibt eine Bezirksamtsbehörde in Böhmen die Kosten der Entsendung ihrer Beamten zur Revision der staatlichen Ernährungsaktion den Gemeinden vor, in denen diese Revision vollzogen wird. Ueber Anfragen wird aufmerksam gemacht, daß die Gemeinden nicht verpflichtet sind, derartige Revisionskosten zu ersehen.

Eine vom Unglück verfolgte Gemeinde. Kurz vor Mitternacht zum Donnerstag brach in der Gemeinde Jafina im Bezirk von Nachovo ein Brand in einer Gastwirtschaft aus. Der starke Wind fachte das Feuer noch mehr an, so daß in Bälde sowohl das Gasthaus als auch fünf umliegende Gebäude vollkommen in Asche gelegt wurden. Der Schaden beläuft sich auf etwa eine halbe Million Kč. Die Ursache des Feuers wird untersucht. — In der Gemeinde Jafina brannte bereits im Jahre 1927 die Hälfte der Wohngebäude, die inmitten der Gemeinde gelegen sind, nieder. Im Jahre 1930 fiel dann ein Teil der Gemeinde rund um die katholische Kirche herum einem Brande zum Opfer.

Mord- und Selbstmordversuch. Der in einem Teplicher Hotel beschäftigte Hausmeister P. aus Turn war gestern um 1 Uhr mittags mit der Aufräumung von Zimmern beschäftigt. Bei diesen Arbeiten half ihm ein Stubenmädchen. Plötzlich stürzte seine Gattin in das Zimmer, warf sich auf ihren Mann und brachte ihm mit zwei Küchenmessern in der linken und rechten Schulter Stiche bei. Bei den Abwehrversuchen des Mannes zerschchnitt er sich die Hand. Die Frau brachte sich mit dem Messer am linken Handgelenk schwere Schnittwunden bei. Die Verletzungen des Mannes sind schwerer Natur. Beide wurden ins Krankenhaus gebracht.

Kampf mit Schmugglern. Bei Orzegow in der Nähe der deutsch-polnischen Grenze kam es dieser Tage zu schweren Zusammenstößen zwischen polnischen Schmugglern und Grenzpolizei, der bekannt geworden war, daß täglich aus einem von Deutschland kommenden Personenzug eine große Zahl von Schmuggelpaketen abgeworfen und von den Helfershelfern der Schmuggler gesammelt und fortgebracht wurden. Eingehende Beobachtungen ergaben, daß um eine bestimmte Zeit sich etwa 100 (1) Personen einfanden und den Schmuggelzug erwarteten, um die Schmuggelware in Empfang zu nehmen. Als am Donnerstag die Grenzpolizei einschritt und die Schmuggelware beschlagnahmte, wurde von der Menge, die eine drohende Haltung gegen die Beamten einnahm, auf die Beamten ein Steinbombardement eröffnet. Die Aufforderung der Beamten, sich zu zerstreuen, fand bei der Menge kein Gehör. Auch einige Schreckschüsse hatten keinen Erfolg. Daraufhin feuerte die Grenzpolizei, wobei der 19 Jahre alte Joseph Kesch und der 58jährige Josef Menisch, beide aus Orzegow, getötet wurden. Ob Personen verletzt wurden, steht noch nicht fest, da die Schmuggler entkamen.

Mordverdächtiger verhaftet. Die Gendarmeriestation in Dobruha bei Kutná Hora stellte heute nachmittags den 43jährigen Johann Cifak aus Dobruha wegen des Verdachtes der Teilnahme an dem Mord in Lipany sicher.

Holz statt Geld. Bekanntlich wurde den Waldbesitzern in Äarnten seinerzeit die Einrichtung ihrer Steuern in Holz gestattet. Nunmehr hat auch die niederrösterreichische Landesregierung zu dieser Steuerbegleichung ihre Zustimmung erteilt, und man rechnet in Kreisen der Forstwirtschaft mit der Einführung dieser Steuer in sämtlichen Bundesländern.

Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen:

Sonntag:
Prag, Sender Liblik: 6: Gymnastik, 10:05: Deutsche Presse, 10:10: Verdi: Arie aus Otello, 10:15: Schulkunst, 10:45: Schallplatten, 11:10: Die-derlanger, 11:45: Gegenangert, 15:30: Deutsche Sendung: Uebertragung aus Teplich-Schnau, Festkonzert des Sängerkreises der 5000, 16: Tanzmusik auf Schallplatten, 16:25: Uebertragung aus Rom vom Fußballwettkampf, 22:30: Konzert. — Prag, Sender St.: 14:30 Deutsche Sendung: Landwirtschaft, 14:45 Deutsche Arbeiter-sendung: Dr. J. W. Prager: Das Gesch über die Ministerverantwortlichkeit, 15:15: Mit-Lieber zur Laute. — Brünn: 12:15: Mittagskonzert, 18:20: Deutsche Sendung: Dr. Epstein: Die nächstliegenden Aufgaben der Demokratie.

Trockenes Amerika — durch Hitze

Washington, 8. Juni. Präsident Roosevelt verhandelte gestern mit Harry Hopkins, Vorsitzenden des Föderalausschusses für die Organisation der Hilfe, und Lewis Douglas, Vorstand der Budgetabteilung des Finanzministeriums. Die Beratungen erstreckten sich auf die heikle Situation der Landwirtschaft in den Staaten des mittleren Westens, wie sie durch die andauernde Trockenheit verurteilt wurde. Hopkins legte weitere Fakten und ziffermäßige Daten über diese Lage vor und bemerkte Journalisten gegenüber, daß die Hilfsaktion rund 10 Millionen Dollar aus mindestens 15 Staaten erfassen werde.

Lotterie für Internationale Ausstellung. Die französische Kammer ermächtigte die Regierung, eine außerordentliche staatliche Lotterie zu veranstalten, deren Erträge für die Finanzierung der Internationalen Ausstellung 1937 bestimmt sein wird. Es sollen im ganzen Lose im Werte von 700 Millionen Franc zur Ausgabe gelangen.

Die marxistischen Jugendgruppen sind in Deutschland noch lebendig. Trotzdem in Deutschland von den verschiedenen marxistischen Bewegungen schon oft endgültig „erledigt“ wurde, kommen immer wieder Eingeständnisse aus nationalsozialistischen Stellen, in denen zugegeben wird, daß die marxistischen Gruppen trotz allem Terror noch lebendig sind und zusammenhalten. So hat jetzt die Oberste Führung der Hitler-Jugend bekanntgegeben, daß immer noch frühere marxistische Jugendgruppen geschlossen auf Taten gehen. Die Zeitung der Hitler-Jugend hebt die Polizei auf diese Jugendgruppen und verlangt die Verbindung der Polizei an die Hitler-Jugend. (T. G.)

Tragödie im Dritten Reich. Aus Heidelberg wird gemeldet: Der Chemiker Doktor Reiss stürzte am Freitag Vormittag seine Villa in Brand. Die in das Haus eindringende Feuerwehr und Polizei beschloß, er war tot. Man fand seine Leiche auf dem völlig verkokelten Bett. Die Möbel von Dr. Reiss sollten am Freitag zwangsweise gepfändet werden. Die Angestellten der Expeditionsfirma, die vor dem Haus vorgefahren waren, trafen aber auf verschlossene Türen und bemerkten erst dann den Brand.

Ein buddhistischer Abt läßt sich begraben. Der Abt des Shaikongtempels in der Nähe von Parilly hat sich lebendiger Leibes begraben lassen, da er sein Leben zu zwecklos und eine irdische Weiterexistenz in einem Alter von 125 Jahren als mit den himmlischen Gesetzen in Widerspruch stehend erachtete. Nach einem buddhistischen Brauch wählte der Abt die Art der Bestattung, um sich in das Grabgewölbe des Tempels, in dem er mehr als fünfzig Lebensjahre in heiligen Übungen und frommen Meditationen verbracht hat, hinunterzubringen. Mit diesem Entschluß, sich lebendig begraben zu lassen, folgt der Abt nur einem jahrhundertalten Brauch, der in den Tempeln südlich des Himalaya gepflegt wird und dem jeder Abt handelt, der zu alt für ein in der menschlichen Gemeinschaft nützlichbringendes Leben ist.

Singe, wenn Gefangene werden. Das Regenturmen im Dritten Reich muß überdient werden. Da dieses Heberöhen von den Nazikämpfern Goebbels und Konjorten nicht mehr geschafft werden kann, wird die deutsche Arbeiterschaft zur Selbsthilfe aufgerufen. Der Gau Südhannover-Braunschweig steht damit wieder einmal an der Spitze im Kampfe gegen die Not. Er ruft die Arbeiterschaft auf, selbst an einem sogenannten Maijungen teilzunehmen. In dem Aufruf heißt es: „Es wird angenommen, daß jeder größere Betrieb seine eigene dazufinden wird, bei dem Maijungen der deutschen Arbeiterschaft mitzumachen, umso mehr, als für die Leistungen nicht verlangt werden. Das Singen wird betriebsweise durchgeführt. Zeitpunkt und Ort werden in den Betrieben bekanntgegeben. Zur Teilnahme werden sämtliche Angehörige der Belegschaften der beteiligten Betriebe aufgefordert, und es wird im Hinblick auf die große kulturelle Bedeutung der Veranstaltung erwartet, daß diesem Aufruf zahlreich Folge geleistet wird.“ — Künstlerische Leistungen werden also nicht verlangt. Die Hauptsache ist: laut! damit das Regenturmen überdient wird. Als Zeitpunkt wird man vermutlich die für die Einnahme der Wahlzeiten festgesetzten Arbeitspausen benutzen. Damit wäre dann gleichzeitig eine große Sparaktion von volkswirtschaftlicher Bedeutung durchgeführt.

Tödliche Bombe in einem Geschäft. In der chinesischen Stadt Tsinanfu hat ein Unbekannter in ein japanisches Geschäft eine Bombe geworfen. Der Inhaber des Geschäftes wurde getötet und zwei weitere Personen verletzt. Die Polizei behauptet, das Attentat gehe von einer chinesischen nationalen Organisation aus, die den japanischen Handel in China bekämpft.

Drei Hinrichtungen auf einmal. Drei wegen eines Mordes zum Tode verurteilte Männer wurden gestern in Sing Sing Gefängnis zu New York auf dem elektrischen Stuhl hingerichtet. Ein vierter mit ihnen zum Tode Verurteilter wurde im letzten Augenblick für zwei Wochen begnadigt, weil er auf seinen Begnadigungsbitt hin untersucht werden soll.

Bei einer Explosion auf einem im hiesigen Trodenbod in Philadelphia liegenden Petroleumschiff wurden drei Mann getötet und vierzehn verletzt.

Richtlinien für den illegalen Kampf gegen Dolfuss

Die „Arbeiter-Zeitung“ über die Vorbereitung der revolutionären Volkserhebung

Die letzte Ausgabe der in Wien, Cezil 83, erscheinenden „Arbeiter-Zeitung“ enthält an leitender Stelle Richtlinien für den Kampf in der Illegalität, deren Mitteilung uns anlässlich der lebhaften Anteilnahme unserer Leser an den Ereignissen in Österreich als wichtig erachtet.

Boykott! Widerstand!

„Schädigt das Faschistenregime, wo ihr könnt! Zeigt, daß eine Diktatur, die die Arbeiter niedertrampelt, nicht leben kann! Das ist die Parole für den passiven Widerstand, der auch unter dem faschistischen Terror möglich ist.“

Wie organisieren wir diesen Widerstand, wie lassen wir ihn in Erscheinung treten?

Boykott gegen den Faschistenstaat!

In einzelnen Teilen Österreichs ist spontan ein Boykott der Faschisten eingeleitet worden. Die Tabakregie, das Finanzministerium stehen diesem Streik fastungslos gegenüber. Die bankrotten Finanzen des Austrofaschismus vertragen keine weiteren Einbußen mehr.

Aber der Boykott allein genügt nicht; er ist auch nicht eine Waffe für jedermann. Es gibt aber noch andere Mittel, das Regime schädern zu treffen.

Der Staat ist auf seine Bürger angewiesen. Wenn sie ihn boykottieren, weil sie seine Diktatur nicht ertragen wollen, kann der Staat nicht leben. Boykott auf der ganzen Linie, Boykott auf dem Gebiet, das dem einzelnen möglich ist! Das ist ein wirksames Mittel des Widerstandes unter den gegenwärtigen Verhältnissen.

Der Staat ist auf die Einnahmen der Post, des Telegraphen, des Telefons angewiesen, er kann nicht existieren, wenn die Einnahmen der Eisenbahnen noch weiter zurückgehen. Schränken wir diese Ausgaben, die

dem Staat zugute kommen, ein! Wir müssen ohne dies den Hungerriemen enger schnallen, weil die faschistische Diktatur die Löhne und Gehälter kürzt, und die erhöhte Warenumschlagsteuer auflegt, die Kammerumlagen erhöht, die Sicherheitssteuer aufpelet. Führen wir diese Einschränkung der Lebenshaltung so durch, daß wir vor allem an den Dingen sparen, die der Staat seinen Bürgern verkauft!

Niemand zahle früher einen Groschen Steuer, als es unbedingt sein muß! Wenn jeder das Steuerzahler hinauschiebt, bedeutet das für den ohnedies bankrotten Faschistenstaat eine Verlegenheit, die für ihn allmählich unerträglich ist. In Wirklichkeit ist überhaupt kein Bürger verpflichtet, dem faschistischen Regime des Verschwendungsbüchels Steuern zu bezahlen, denn diese Steuern sind vom Volk gar nicht bewilligt, sondern von der faschistischen Diktatur dekretiert worden.

Boykott gegen die faschistischen Gemeindeverwaltungen!

Aber wir können mit unserem allgemeinen Boykott auch weiter gehen. Nicht nur den Boykott gegen die Gemeinde Wien und gegen alle anderen Gemeinden, die die Faschisten uns geraubt haben. Unser freigeschaffener Bürgerweiser Seitz ist im Kerker. Unsere Antwort muß sein: schärfster Boykott gegen die Korruptionsfaschisten im Rathaus!

Weniger auf der Straßenbahn fahren, weniger Gas, weniger elektrische Zirkon verbrauchen, die städtischen Wälder und alle anderen Einrichtungen der Gemeinde nach Möglichkeit meiden — das ist ein schwerer Schlag gegen die faschistische Gemeindeverwaltung.

Wer einige Sparmaßnahmen in der Zentralparke der Gemeinde Wien hat, der kann den Bankrotteuren im Rathaus sein Mißtrauen am wirk-

samsten ausdrücken, indem er sein Geld von der Zentralparke wegnimmt.

Es ist bekannt geworden, daß die faschistische Gemeindeverwaltung sich für die laufenden Gemeindegeldausgaben Geld von der Zentralparke, das Geld der Sparer, ausborgt. Auch die anderen Sparkassen wollen die Faschisten ausplündern, weil sie sich nicht anders Geld beschaffen können. Laßt euch euer mühsam erspartes Geld nicht von den Faschisten stehlen. Bringt eure Sparpapiere rechtzeitig in Sicherheit!

Aber es gibt noch Dutzend andere Möglichkeiten in Wien, in Graz, in Linz, in Salzburg dem Faschismus deutlich zu zeigen, daß die breiten Massen ihn hassen. Denkt selbst nach, wie ihr durch den passiven Widerstand, den selbst der faschistische Polizeiterror nicht treffen kann, das Regime in immer neue Schwierigkeiten führen könnt, denen es schließlich nicht entrinnen wird.

Ein Kampfmittel für die Massen.

Glauben wir, daß mit dem passiven Widerstand allein der Faschismus gestürzt werden kann? Nein, solchen Illusionen geben wir uns nicht hin. Der Faschismus kann nur gestürzt werden durch eine große, aktive, die Massenelendschaften auflösende revolutionäre Volkserhebung. Aber wir wissen, daß für eine siegreiche Revolution gegen den Faschismus die Voraussetzungen erst geschaffen werden müssen. Bis dahin müssen wir mit allen Mitteln versuchen, die faschistische Diktatur sturmreif zu machen. Eines dieser Mittel ist der Massenboykott. Er ist eine Waffe für die breiten Massen, denn dieser Waffe kann sich auch jetzt jeder wirksam bedienen. Sie kann in kurzer Zeit solche Wirkungen erzielen, daß alle Schichten der Bevölkerung einsehen müssen: gegen den Widerstand der Arbeitermassen kann sich kein Regime behaupten.

Tragt diese Parole in die Massen!

Das erste Urteil nach dem neuen Gesetz über die Todesstrafe

15 Jahre Kerker für eine Mörderin des eigenen Kindes

Brag, 7. Juni. Das erste Urteil nach dem neuen Gesetz über die Todesstrafe, das einerseits bei Halsdelikten neben der Todesstrafe auch bloße Freiheitsstrafen zuläßt und andererseits die Geschworenen zur Mitwirkung bei Bestimmung der Strafe heranzieht, ist gestern in Prag gefällt worden. Es war ein Todesurteil. Heute wurde vor dem hiesigen Schwurgericht unter Vorsitz des OMR. Studa die 23jährige Vojena Bina aus Komarov bei Sokolove wegen des Verbrechens des gemeinen Mordes, begangen an ihrem acht Tage alten Kind abgeurteilt.

Die Angeklagte ist mit einem Meißel verbeiratet, der sich mit seinem Gewerbe nicht behaupten konnte und trotz der finanziellen Beiträge seiner Eltern und Schwiegereltern zweimal gefahrlich Schiffbruch erlitt. Schließlich lebten die Gatten getrennt und der Mann der Angeklagten fristete als Viegeleiarbeiter kümmerlich genug sein Leben bei einem Wochenlohn von 50 bis 70 Kč. Die Angeklagte lebte bei ihrer Mutter, die eine kleine Wirtschaft besitzt und arbeitete dort, so daß sie vor unmittelbarer Not geschützt war. Mit ihrem Mann kam sie nur an Sonntagen zusammen. Ein Kind hatte sie bereits im Sommer des Vorjahres wurde sie unglücklichlicherweise von neuem schwanger. Bei ihrer bedrängten Lage bedeutete das zu erwartende Kind natürlich eine weitere schwere Belastung. Es kam zu bösen Ausfällen mit ihrem Mann und ihrer Mutter, der sie ihre Schwangerschaft so lange als möglich verbarg.

Von Löwen zerfleischt. Die Besucher der Filiale des Londoner zoologischen Gartens in Whipsnade, das 60 km von London entfernt und dadurch bekannt ist, daß in demselben die Tiere größtmögliche Freiheit, auf größtmöglichem Raume genießen, wurden am Donnerstag Zeugen einer schrecklichen Szene. Ein 26jähriger Mann, dessen Hut vom Winde in eine künstliche Löwenhöhle entführt worden war, kletterte über das Gitter derselben und versuchte, seinen Hut wieder zu erlangen. Vier Löwen fielen ihn an, erfaßten ihn mit den Krallen am Kopfe, zerrten ihn in die Höhle hinein und schleiften ihn ungefähr 40 Meter weit; dabei zerfleischten ihn die Tiere mit ihren Zähnen und Klauen grauenerregend. Die durch das Geschrei der Menge herbeigerufenen Wärter versuchten dem Unglücklichen zu helfen und die Löwen mit Stangen zu verschrecken. Die Löwen wurden aber dadurch noch mehr gereizt und bearbeiteten den Unglücklichen weiter. Sie ließen ihn erst los, als die Wärter auf sie schossen. Erst dann konnte die zerfleischte Leiche des Unglücklichen von den Wärtern fortgetragen werden.

Die Verlosung der Eisenbahnlotterie, die beim tschechoslowakischen Eisenbahntalender veranstaltet wird, wird am 15. Juni in der Staatslotterie in Prag stattfinden. Es werden drei Freifahrtkarten 3. Klasse Schnellzug auf 2000 Kilometer, 76 Freifahrtkarten 3. Klasse Schnellzug auf 600 Kilometer und 75 Anweisungen auf eine 50prozentige Ermäßigung des Fahrpreises in der 3. Schnellzugsklasse auf 600 Kilometer zur Verlosung gelangen. Die Verlosungstipone sind im tschechoslowakischen Eisenbahntalender für 1934 enthalten.

Als sie ihre Niederkunft nahen fühlte, begab sie sich zu einer Cousine in Dobruška bei Schlan, wo sie ein Kind zur Welt brachte. Eine Woche später, am 24. Februar d. J. fuhr sie in Begleitung dieser Cousine nach Prag, wo sie das Kind angeblich auf der Klinik untersuchen lassen wollte. Als die beiden Frauen am Abend wieder auf dem Smichover Bahnhof zusammentrafen, hatte die Angeklagte ihr Kind nicht mehr bei sich. Sie erzählte zunächst, es sei auf der Klinik gestorben. Als sie dann unter dem schweren Verdacht des Mordes am eigenen Kind verhaftet wurde, leugnete sie zunächst und brachte verschiedene einander widersprechende Darstellungen vor. Erst nach einem Monat bekannte sie sich zu der schrecklichen Wahrheit:

Sie hatte ihr Kind im Straßengraben der Landstraße von Moisl nach Breznos mit einem Tuch erwärmt und die Leiche dann in einem Kanal verborgen.

Die Verhandlung dauerte bis nach sieben Uhr abends und endete damit, daß die Geschworenen die Angeklagte mit acht Stimmen schuldig erkannten. Dieser Wahrspruch hätte nach dem alten Rechtszustand nur zu einem Todesurteil führen können. Im Sinne des neuen Gesetzes folgte nun aber die gemein same Verurteilung von Gerichtshof und Geschworenen über die zu verbüßende Strafe.

Das Urteil lautete auf fünfzehn Jahre schweren und verstärkten Kerkers.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik

Streit der schlesischen Handschuhmacherinnen

Aus Johannesthal in Schlesien wird uns gemeldet, daß die Handschuhmacherinnen Kroner und Appel am Dienstag, den 5. Juni d. J., einen neuerlichen Lohnabbau durchführten, der die Arbeitsüberlegung durch sämtliche Handschuhmacherinnen in Johannesthal und Umgebung zur Folge hatte.

Seit Jahren haben die Johannesthalener Handschuhmacherinnen sich geweigert, den früher bestandenen Lohnvertrag zu verlängern, um so den Weg frei zu haben für den rückwärtslosesten Lohnabbau. Die ohnehin nur wenige Wochen im Jahre beschäftigten Mäherinnen wurden in diesem Gebiete mit Glendelöhnen abgefertigt. Der neuerliche, ganz und gar ungerechtfertigte Anschlag auf die Löhne hat die Mäherinnen zur Abwehr gezwungen und sie lehnen nicht nur diesen Abbau entschieden ab, sie verlangen die frühere bestandene vertragliche Regelung mit ihrer zuständigen Berufsorganisation, dem Beschäftigtenverband in der Tschechoslowakischen Republik, Sitz Reichenberg. Bis appellieren auf diesem Wege zunächst an alle Handschuhmacherinnen, in dem ihnen ausgesetzten Kampfe auszuhalten und sich durch keinerlei Verprechungen verlocken zu lassen, sich selbst zu schädigen. Die zuständige Berufsorganisation der Handschuhmacherinnen ist derzeit bereit, über eine ertänliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verhandeln. Wir appellieren hier aber auch an die zuständigen Behörden, den verarmtesten Heimarbeiterrinnen den erforderlichen Schutz angedeihen zu lassen und nicht zucht appell-

ieren wir an die gesamte Bevölkerung, sich an die Seite der kämpfenden Heimarbeiterrinnen zu stellen, die nichts wollen, als daß man ihnen ihr Hungerdasein nicht noch weiter verelendert.

Ghetto 1934!

Ich habe dieser Tage drei sehr verschiedene Repräsentanten des deutschen Judentums sprechen können. Der eine kam aus einer norddeutschen Kleinstadt, sein Bericht war niederschmetternd. Der während Ring der jüdischen Schikanen, des fallen Boykotts schließt sich enger und enger; die wenigen Juden, die ausbleiben, sind Kreiswilde für die dunklen Instanzen einer mit allem Raffinement tagtäglich neu aufgearbeiteten Menge. In den letzten Wochen ist eine beunruhigende Intensivierung der antisemitischen Propaganda festzustellen. Streichers „Stürmer“ wird offensichtlich ausgehändigt und verleiht seine Wirkung nicht. Der Mann, der diesen Bericht gab, hat ein kleines Geschäft; er wird es demnächst zumachen müssen, man hat ihn buchstäblich ausgehungert. Alte Stammkunden, die es wagen, sein Geschäft zu besuchen, bekommen Drohbriefe, werden in der Lokalpresse öffentlich „angeprangert“, manchmal auch photographiert oder körperlich belästigt.

Der zweite ist ein Berliner Angestellter. In Berlin, so teilte er mit, ging es bisher. Bis zur Goebbels-Rede, die die neue antisemitische Propagandawelle einleitete, war die Judenbewegung sehr im Hintertreffen geraten. Gewisse Cafés füllten sich wieder mit Juden, übrigens nicht gerade den angenehmen Vertretern des Judentums. Diese Epoche der Atempause ist mit einem Male wie ausgelöscht. Es kommt bald hier, bald dort zu Befürchtungen jüdischer Passanten, Anhalten in der Straßenbahn, Beklemmen jüdischer Wohnungstüren mit unflätigen Drohungen u. a.

Der dritte war ein Jude, der nicht ohne Einfluß auf die offizielle Politik der jüdischen Verwaltungsbürokratie ist. Dieser Mann entwickelte einen Standpunkt des Anpassens aus Ruam, der geradezu erschreckend war. Man solle die Hoffnung nicht aufgeben, so ungefähr formulierte er es, auf die Dauer doch noch zu einem ertänlichen Verhältnis zum herrschenden System zu kommen und deshalb müsse man eben in jeder Beziehung gewisse „Konzessionen“ machen.

Fürchterliche Perspektive. Ein „ertänliches“ Verhältnis zu jenen, die die Todfeinde der Kultur, die Mörder zahlloser Marxisten und Juden sind? Es ist das Ghetto des 20. Jahrhunderts, demütigender und verheerender, als es je ein mittelalterliches Ghetto gewesen sein kann.

Sieht man zu schwarz? In Berlin, so wird berichtet, hat ein Vertreter des braunen Reichssportführers von Tschamersdorf in den sportlichen Wettkämpfen des Sportvereins Bar Stodba gegen Daskoß, Berlin, beigegeben. Der Herr Vertreter ließ sich nach Schluß des Spiels dazu herab, drei jüdische Springer zur Teilnahme an den deutschen Olympia-Vorbereitungen einzuladen. Die drei Springer spuckten dem frechen Junifer nicht etwa unhöflich dankend ins Gesicht. Sie sagten zu. Und ein Herr Dr. Friedenthal, Leiter des deutschen zionistischen Ralfabi-Areifes, befruchtete daraufhin eine Teilnahme Palatinas an den Olympischen Spielen im Jahre 1936 in Berlin!

Eine palatinensische Sportdelegation in das Land eines Streichers, eines Goebbels, eines Hitler! Ein Happen auf all die unglücklichen Gemeinheitsen, den schimpflichen Judenboykott, die Brotlosigkeit, den schimpflichen Judenboykott, die Brotlosigkeit, die Pogrome im Frankenthal...

Dazu würdigt sich ein deutscher Zionist — Wenn das am zionistischen Golge geschieht, wie mag es da erst bei den gleichgültigkeitswürdigen, „völkisch-deutschen“ Juden ausfallen? Ghetto 1934! Pierre

